
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 1

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie

am 23.02.2011

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Christel Ciecior (SPD)

Jens Hebebrand (SPD)

Claudia Isenberg (SPD)

Ursula Lindstedt (SPD)

anwesend bis 16.30 Uhr

Gerd Oldenburg (SPD)

Michael Blandowski (CDU)

Helmut Krause (CDU)

anwesend bis 17.50 Uhr

Jochen Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Gabriele Wentzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

anwesend ab 16.40 Uhr

Helmut Stalz (FWG)

Dr. Matthias Laarmann (GFL)

Jürgen Kerl (SPD)

Brunhilde Weinhold (SPD)

anwesend bis 18.00 Uhr

Marlies Deppe (CDU)

Elke Middendorf (CDU)

Gerhard Meyer (CDU)

Manuela Werbinsky (SPD)

anwesend ab 16.30 Uhr

sachkundige Bürger

Eleonore Köth-Feige (SPD)

Agnes Pietz-Colmer (FDP)

Anja Müller (SPD)

Michael Wissmann (CDU)

Rainer Seepe (FDP)

anwesend bis 17.30 Uhr

Von der Verwaltung

Herr Sparbrod, Dez. III

Herr Diekmännken, L FB 50

Frau Grewe, SL 50.1

Frau Raupach, SL 50.5 (RAA)

Frau Rauert, L PK

Herr VertgeWall, LK – Schriftführer

Gäste- und Zuhörer/innen

Herr Senkel, Kreistagsmitglied (bis TOP 3)

Herr Pufke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herren Neuhaus und Janzen, Jobcenter Kreis Unna

Frau Backmann und Frau Hegeler, Projekt „NeuEinstellung“

Weitere Mitglieder der Verwaltung und interessierte Zuhörer

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Vorstellung des Projekts „NeuEinstellung – Erschließung von Wegen in den Beruf für Jugendliche mit Behinderung“;

Mündlicher Bericht der Projektleitung

Punkt 2

Jobcenter Kreis Unna

- mündlicher Bericht der Geschäftsführung
 - Prüf- und Außendienst
 - Aktuelle Entwicklungen
- Informationen der Verwaltung zur Sitzung des Unterausschusses

Punkt 3

028/11

Bestellung eines ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedes für den Beirat des Jobcenters Kreis Unna

Punkt 4

Bildungs- und Teilhabepaket;
Sachstandsbericht der Verwaltung

Punkt 5

Arbeitsinhalte des Sachgebietes 50.1 - Soziale Sicherung -
Mündlicher Bericht der Verwaltung

Punkt 6

Haushaltskonsolidierung;
Abschlussbericht des Beratungsunternehmens Rödl & Partner zu den kommunalen Leistungen im Rahmen des SGB II

Punkt 7

027/11
Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Vorstellung des Projekts „NeuEinstellung – Erschließung von Wegen in den Beruf für Jugendliche mit Behinderung“;
Mündlicher Bericht der Projektleitung

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Koordinatorin des Projektes, Frau Sigrid Backmann, sowie dessen pädagogische Leitung, Frau Elisabeth Hegele.

Das Projekt selber wird im Anschluss von Frau Backmann vorgestellt. Diese verteilt hierzu vorab einen Informationsflyer. Der Kreis Unna befindet sich auf dem Weg hin zu einem inklusiven Gemeinwesen, so dass

dieses Projekt möglicherweise als ein kleiner Baustein dessen verstanden werden könne, so die Koordinatorin. Man wünsche sich, mit möglichst vielen Akteuren ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam gangbare Strukturen zu entwickeln. Das Aufwachsen von Kindern mit Behinderungen verlaufe heute wesentlich anders als noch vor 20 oder 30 Jahren – diese Kinder seien mittlerweile Teil der Gesellschaft geworden und ein Miteinander werde immer selbstverständlicher. Die Heranwachsenden würden sich natürlich auch immer stärker mit dem Thema „Berufswelt“ auseinandersetzen und nach Optionen für ihre eigenen Zukunft suchen. Dabei bestehe ein hohes Interesse daran, auch im Berufsleben entsprechend integriert zu sein und möglichst auch mit nichtbehinderten Menschen zusammenzuarbeiten. Dass es sich hierbei nicht um utopische Visionen handelt, würden viele gute Beispiele aus der Praxis zeigen (z. B. die Übernahme von Hol- und Bringdiensten in Betrieben oder Behörden). Die jungen Menschen zeichne eine hohe Identifikation mit dem Betrieb und eine sehr große Motivation aus.

Das Projekt „NeuEinstellung“ arbeite mit einer festen Gruppe von 10 Jugendlichen, die sich zwar in unterschiedlichen Stadien, aber allesamt in den letzten Schulbesuchsjahren befinden würden. Es gebe eine enge Kooperation mit den Schulen, der Bundesagentur für Arbeit und dem Integrationsfachdienst – man werde also ergänzend tätig. Die Arbeit mit den Jugendlichen beruhe auf drei Säulen, der Durchführung von Praktika in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes, der Elternarbeit und der Arbeit mit den Jugendlichen nach dem Konzept der persönlichen Zukunftsplanung. Frau Backmann geht im Weiteren näher auf dieses Drei-Säulen-Modell, die begonnene Netzwerkarbeit und die weiteren Zielvorstellungen ein. Das Projekt werde gefördert vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe und von einem Verbund, bestehend aus dem Landesverband NRW für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung e.V., der Initiative Down-Syndrom Kreis Unna e.V. und der Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam leben, gemeinsam lernen“ NRW e.V., getragen. Das Projekt laufe bis Ende September 2012.

Im Anschluss an den Bericht geht die Koordinatorin auf diverse Fragen der Ausschussmitglieder ein und weist in dem Zusammenhang unter anderem auch daraufhin hin, dass das Projekt aus einer Elterninitiative entstanden sei.

Herr Nadolski-Voigt stellt zusammenfassend fest, dass es sich hierbei um eine ganz tolle Sache handele, eben auch aufgrund der Tatsache, dass sie aus dem Betroffenenkreis stamme. Als Sozialausschuss habe man natürlich ein sehr großes Interesse an dessen Fortentwicklung und man werde es positiv begleiten.

Punkt 2

Jobcenter Kreis Unna

- mündlicher Bericht der Geschäftsführung
 - Prüf- und Außendienst
 - Aktuelle Entwicklungen
- Informationen der Verwaltung zur Sitzung des Unterausschusses

Erörterung

Herr Janzen, Jobcenter Kreis Unna, stellt im ersten Teil der Berichterstattung den Prüf- und Außendienst vor

und geht dabei näher auf die jeweiligen Arbeitsergebnisse ein (die Übersichten für die Jahre 2008 bis 2010 sind dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt). Bezogen auf das Jahr 2010 könne festgehalten werden, dass es in der überwiegenden Zahl der abgeschlossenen Prüfaufträge (527) am Ende zu einer positiven Entscheidung für die Leistungsempfänger gekommen sei bzw. man bestehende Zweifel an einer Leistungsberechtigung habe ausgeräumen können. Lediglich in 51 Fällen (9,7%) hätten die Ermittlungen zu einer Negativentscheidung geführt. Herr Janzen geht weiter kurz auf die rechtliche Situation ein. Es werde großer Wert darauf gelegt, in Verdachtsfällen von Leistungsmissbrauch alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Unabhängig davon lege man aber ebenso großen Wert auf ein partnerschaftliches Miteinander.

Auf Nachfrage teilt Herr Janzen mit, dass der Prüf- und Außendienst auf Dauer angelegt sei und auf einer Sollbestimmung des SGB II beruhe. Bei den mit der Überprüfung beauftragten Bediensteten handele es sich um Kollegen des mittleren Verwaltungsdienstes. Diesen stünden für ihre Arbeit Dienstfahrzeuge des Jobcenters sowie weitere Sachmittel zur Verfügung. Konkrete bzw. seriöse Aussagen zur Wirtschaftlichkeit bzw. Effektivität des Prüf- und Außendienstes ließen sich an dieser Stelle nicht machen, da es keine belastbaren Grundlagen und einheitliche Maßstäbe für die Ermittlung möglicher Einsparungen gebe. Eine Reduzierung der Überprüfungen, verbunden mit einer Reduzierung des vorhandenen Personalkörpers (derzeit 5 Mitarbeiter), sei aus verschiedenen Gründen (z. B. Fürsorgepflicht des Dienstherrn, Festhalten der Beweislage usw.) nicht möglich. Zwar sei richtig, dass es eine rückläufige Tendenz bezogen auf die Anzahl der Arbeitsaufträge gebe, die Intensität und Qualität der Prüfaufträge habe dagegen deutlich zugenommen.

Herr Dr. Laarmann geht noch einmal auf die Feststellung ein, dass es in 51 Fällen und damit in knapp 10% der durch den Prüfdienst abgeschlossenen Arbeitsaufträge zu Negativentscheidungen gekommen sei. Hierbei handele es sich doch schon um eine beachtliche Anzahl. Diese Zahlen dürfe man nicht unrelativiert stehenlassen oder als Vergleichsmaßstab nehmen, so Herr Janzen. Die nachweisbare Mißbrauchsquote sei durch der Bundesagentur mit etwa 1,9% beziffert worden. In dieser Quote würden sich erfahrungsgemäß zwar nie alle Fälle wiederfinden, aber selbst wenn man als potentielle Dunkelziffer das Doppelte hinzurechne, würde der Prozentsatz zwischen maximal 3 und 4 % liegen.

Man dürfe nicht vergessen, so die Anmerkung von Frau Wentzek, dass es ja auch eine Fehlerquote bei der Bescheiderteilung gebe und rechtliche Klarstellungen teilweise erst durch Sozialgerichtsentscheide erfolgt seien oder erfolgen würden. Auf Nachfrage, ob es richtig sei, dass die Mitarbeiter des Jobcenters keinen Beratungsauftrag mehr hätten, teilt Herr Janzen mit, dass es sich hierbei um ein Gerücht handeln würde. Kein Sozialleistungsträger könne sich aus seiner Beratungsverpflichtung nach dem SGB I zurückziehen. Selbstverständlich könne nicht erwartet werden, dass alle Mitarbeiter tiefgreifende Kenntnisse zu jedem Sozialleistungszweig hätten.

Herr Neuhaus berichtet im Anschluss über die aktuellen Entwicklungen beim Jobcenter Kreis Unna. Natürlich habe man mit großem Interesse die politischen Verhandlungen über die Festlegung der Regelsätze und das Bildungspaket verfolgt und nun zur Kenntnis genommen, dass es ganz aktuell offenbar zu einer Einigung gekommen sei. Nun bleibe abzuwarten, wie das Ganze tatsächlich umgesetzt werden solle. Als Jobcenter

versuche man darüber hinaus, sich mit den finanziellen Gegebenheiten zurechtzufinden. Es habe ein 5%ige Kürzung im Verwaltungsbudget gegeben, mit dem Resultat, dass man im Laufe des Jahres 16 befristete Arbeitsverträge nicht verlängern könne. Eine solche Situation sei neu und führe natürlich auch zu gewissen Spannungen. Durch eine veränderte Fallzahl könne es dann möglicherweise auch Einschränkungen bei der bereits eben angesprochenen Beratungsqualität geben. Auch beim Eingliederungstitel würden zunächst weitere 10% zurückgehalten. Wenngleich man trotz allem ein ordentliches Förderangebot vorhalte, habe eine Kürzung oder verspätete Bereitstellung natürlich auch Auswirkungen auf die Arbeit des Jobcenters. Folge dessen könnte eine stark reduzierte Förderplätzzahl sein. Er habe die Hoffnung, dass dieser Einbehalt im Zusammenhang mit der Diskussion um den Regelsatz und das Bildungspaket stehe und es nun in Kürze eine klare Finanzsituation gebe.

Beim Projekt „Bürgerarbeit“ sei es so, dass es mittlerweile mehr Interessenbekundungen als vorhandene Plätze gebe. In den nächsten Wochen wolle man die ersten Anträge an das Bundesverwaltungsamt weiterleiten, so dass die ersten „Bürgerarbeiter“ zum 01. April 2011 die Arbeit aufnehmen könnten. Anzumerken sei an dieser Stelle, dass die Entscheidung des Kreistages zur Unterstützung der Bürgerarbeit das Interesse deutlich beflügelt habe. Herr Neuhaus und Herr Sparbrod gehen im Anschluss auf eine Nachfrage von Herrn Stalz zum Thema „Bürgerarbeit“ ein.

Der Dezernent geht zum Ende der Erörterung noch kurz auf die konstituierende Sitzung des Unterausschusses ein und weist hierzu auf den Inhalt des Protokolls hin. Weiter berichtet er über den Entwurf einer vom Land initiierten Zielvereinbarung, die zwischen den Trägern der Jobcenter und dem Land geschlossen werden solle. Dem Wortlaut nach sei das Ziel für 2011 erreicht, wenn die Summe der Leistungen für Unterkunft und Heizung sinke. Er gehe davon aus, so Herr Sparbrod, dass der kommunale Träger unter den derzeitigen Gegebenheiten eine solche Zielvereinbarung beruhigt unterzeichnen könne.

Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie nehmen die ausführlichen Berichte und Informationen zur Kenntnis.

Punkt 3

028/11

Bestellung eines ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedes für den Beirat des Jobcenters Kreis Unna

Erörterung

Herr Hebebrand teilt für die SPD-Fraktion mit, dass es derzeit noch Beratungsbedarf gebe und man um eine Verschiebung in die Sitzung des Kreistages bitte. Die weiteren Ausschussmitglieder erklären sich hiermit einverstanden, so dass an dieser Stelle keine Beschlussempfehlung gefasst wird.

Punkt 4

Bildungs- und Teilhabepaket;

Sachstandsbericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Diekmännken weist einleitend darauf hin, dass der Vermittlungsausschuss heute nach langer Diskussion ein „echtes Vermittlungsergebnis“ erzielt habe, was dann wohl auch am kommenden Freitag im Bundesrat und Bundestag endgültig zur Beschlussfassung anstehe. Damit sei nun auch geklärt, dass das Bildungs- und Teilhabepaket eine kommunale Aufgabe werde. Derzeit gebe es noch mehr Fragen als Antworten, zumal bislang auch noch kein neuer Gesetzesentwurf vorliege. Insofern beruhe das, was er nun in der Präsentation vorstellen werde (der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt), auf den bisherigen Erkenntnissen, die vom Landkreistag im Internet veröffentlicht worden seien. Der Fachbereichsleiter geht im Anschluss auf Fragen der Ausschussmitglieder ein und stellt dabei noch einmal deutlich klar, dass das gerade Geschilderte dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss entspreche und man nun die weiteren Entwicklungen, insbesondere die gesetzlichen und auch die finanziellen Regelungen, abwarten müsse.

Punkt 5

Arbeitsinhalte des Sachgebietes 50.1 - Soziale Sicherung -
Mündlicher Bericht der Verwaltung

Erörterung

Einleitend teilt Herr Diekmännken mit, dass das Sachgebiet 50.1 - Soziale Sicherung - ein kleines aber sehr bedeutendes Sachgebiet mit sechs Einzelprodukten sei. Mit der Bewirtschaftung von einem Drittel aller Aufwendungen des Kreishaushaltes sei natürlich auch eine hohe Verantwortung verbunden. Die Sachgebietsleiterin, Frau Grewe, stellt die einzelnen Aufgabenbereiche im Anschluss ausführlich vor und geht auf Fragen der Ausschussmitglieder ein. Die zur Verdeutlichung verwendete Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

Punkt 6

Haushaltskonsolidierung;

Abschlussbericht des Beratungsunternehmens Rödl & Partner zu den kommunalen Leistungen im Rahmen des SGB II

Erörterung

Herr Sparbrod geht kurz auf den Inhalt des Abschlussberichtes des Beratungsunternehmens Rödl & Partner und dabei im Besonderen auf die Konsolidierungsvorschläge zum Thema „Kommunale Leistungen im Rahmen des SGB II“ ein. Ein Auszug aus dem Gutachten ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigelegt. Auf der Basis des Gutachtens werde man für die Diskussion in den anstehenden Sitzungen von Finanzstrukturkommission und Kreistag einen Beschlussvorschlag erarbeiten, so der Dezernent.

Frau Wentzek erinnert im Anschluss daran, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den vergangenen Jahren wiederholt angeregt habe, sich verstärkt Gedanken zu machen, wie man durch energetische Maßnahmen Einsparungen bei den Heiz- und Energiekosten der Leistungsberechtigten erzielen könne und hierzu entsprechende Berechnungen anzustellen. In dem Zusammenhang stelle sich dann die

Frage, ob es nicht sinnvoll sei, das Ganze - also Mietaufwendungen und Heizkosten - in einem Gesamtzusammenhang zu sehen. Aufgrund der Gesetzesänderungen, auf die man sich im Vermittlungsausschuss nunmehr geeinigt habe, werde der Kreis künftig durch eine Satzungsermächtigung die Möglichkeit erhalten, ein Gesamtprodukt definieren können, so Herr Diekmännken. Wenngleich so etwas sicherlich ein guter Ansatz sei, stelle sich die Umsetzung angesichts vieler Unwägbarkeiten als sehr schwierig dar.

Punkt 7

027/11

Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Erörterung

Herr Sparbrod weist kurz darauf hin, dass die Zuschussgewährung bei einem zustimmenden Votum des Ausschusses vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung erfolge.

Beschluss

Das Familienzentrum Regenbogen der Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Unna, in Schwerte, erhält zur Förderung seines Projektes „Integrationshelferinnen“ einen einmaligen zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 500,00 €.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Wohnraumförderungsbestimmungen – Mitteilung von Herrn Sparbrod

Herr Sparbrod teilt mit, dass aufgrund von Änderungen bei den Wohnraumförderungsbestimmungen in den kommenden Jahren weniger Geld in den Kreis Unna fließen werde. Dieses gelte für den Eigenheimbau ebenso wie für den Mietwohnungsbau. Beim Mietwohnungsbau spreche man von einem bestimmten Bedarfsniveau. Dieses sei in überdurchschnittlichem Maße nur noch für Kamen und Lünen attestiert. Derzeit sehe es so aus, als wenn die Mittel für 2011 nicht einmal für noch zu bescheidende Anträge aus 2010 ausreichen würden. Der Niederschrift werde ein entsprechender Vermerk beigelegt, aus dem soweit alle Informationen hervorgingen, so der Dezernent (**Anlage 5**).

2. Abrechnung der VKU zum Sozialticket – Mitteilung von Herrn Sparbrod

Zwischenzeitlich liege die Abrechnung der VKU über das Sozialticket für 2010 vor, so die Mitteilung von Herrn Sparbrod. Die Angaben habe man noch einmal um den Werdegang des Sozialtickets im Kreis Unna ergänzt. Die Unterlagen werde man dem Protokoll beigelegt (**Anlage 6**).

3. Frühförderstelle im Kreis Unna – Anfrage von Herrn Stalz

Herr Stalz weist einleitend darauf hin, dass es um die verwaltungsseitig angedachten strukturellen Änderungen bei der Frühförderstelle gehe und ihm in dem Zusammenhang mittlerweile mehrere Schreiben – sowohl von der Frühförderstelle als auch von der Verwaltung - vorliegen würden. Für ihn stelle sich jetzt die Frage, wie es in der Angelegenheit weitergehen solle und ob man das Ganze nicht im Sozialausschuss und ggf. unter Beteiligung der Frühförderstelle diskutieren und zu einer vernünftigen Lösung führen sollte. Hierzu teilt Herr Sparbrod mit, dass eine Änderung der Zugangssteuerung nicht von der Verwaltung ins Spiel gebracht worden sei, sondern auf einem Vorschlag des Gutachters beruhe. Er gehe davon aus, dass über dieses Thema im Rahmen der Sitzung der Finanzstrukturkommission am 16.03.2011 diskutiert werde. Auf ein solches Verfahren habe man sich verständigt. In der Finanzstrukturkommission, so noch einmal Herr Stalz, werde zwar über die finanziellen Auswirkungen gesprochen, die fachliche Diskussion aber bleibe auf der Strecke. Eben diese sei aber zwingend notwendig. Die Frage nach der weiteren Verfahrensweise wird im Anschluss teils kontrovers diskutiert. Herr Sparbrod bietet in dem Zusammenhang noch einmal an, den Fraktionen und Gruppen Rede und Antwort zu stehen. Auch sehe er durchaus die Möglichkeit, den Vorschlag von Herrn Nadolski-Voigt aufzugreifen, sich kurzfristig mit den sozialpolitischen Sprechern zusammensetzen.

Weitere Anfragen oder Mitteilungen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung 18.35 Uhr

Anlage

1. Arbeitsergebnisse des Prüf- und Außendienstes der ARGE Kreis Unna (2008 bis 2010)
2. Kurzpräsentation zum Bildungs- und Teilhabepaket (aktualisiert)
3. Präsentation des Sachgebietes 50.1 - Soziale Sicherung -
4. Auszüge aus dem Abschlussbericht von Rödl & Partner (Kommunale Leistungen im SGB II)
5. Vermerk zum Thema „Wohnraumförderungsbestimmungen NRW 2011“
6. Sozialticket – Abrechnung für 2010 sowie Darstellungen zur Entwicklung

Nadolski-Voigt

Vorsitzender

Vertgewall

Schritfführer